

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3.- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 12 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 19. März 1932

Sozialpolitik auf berufsständischer Basis

Prof. Dr. Brauer, Köln-Königswinter.

Die furchtbaren Schläge, die unsere Wirtschaft getroffen haben und noch fortwährend treffen, fallen mit voller Wucht auch auf die Sozialpolitik. Soweit Sozialpolitik auf finanziellen Voraussetzungen beruht, hängt sie mit der Wirtschaft zusammen. Krise für die Wirtschaft bedeutet daher zwangsläufig auch krisenhafte Zuspitzung für die Sozialpolitik. Damit ist indessen der Tatbestand nicht erschöpft. Vielmehr durchläuft die Sozialpolitik als solche zur Zeit noch eine eigene innere finanzielle Krise. Dadurch sind die Verhältnisse überaus verwickelt. Nicht jeder, der den Beweis zugunsten der Notwendigkeit des Weiterbestandes der Sozialpolitik anerkennt, ist ihr deswegen wohlgesinnt. Eine weitgreifende Strömung ist innerlich gegen die Sozialpolitik eingenommen. Damit bewahrheitet sich der alte Satz, daß es neben der Logik des Verstandes noch eine andere gibt, die man als die Logik des Herzens oder des Gemütes ansprechen kann.

Die Sozialpolitik ist insofern von dem Stande der Wirtschaft abhängig, als es sich bei ihr um geldwerte Leistungen handelt. Das trifft im allgemeinen im vollen Umfang für die Sozialversicherung zu. Daher besteht für den Regelfall die Gefahr, daß jede größere Wirtschaftskrise auch die Gefahr einer Krise der Sozialversicherung mit sich führt. Auf diesen Zusammenhang muß Rücksicht genommen werden. Die moderne Arbeitsweise, namentlich im Zusammenhang mit der Mechanisierung macht das Leben des Arbeiters gefahrvoller und im ganzen unsicherer als die frühere Arbeitsweise. Die Wirtschaft, und das heißt in diesem Falle besonders die Produktion, die zu diesen vergrößerten Risiken des Arbeitslebens führt, muß die Kosten für eine Versicherung dagegen aus sich aufbringen. Das gehört zu dem Kapitel „Selbstkosten der Arbeit“. An dieser Grundforderung kann und darf nicht gerüttelt werden. Andererseits ist es ebenso selbstverständlich, daß alles aufgeboten werden muß, um den Gesamtbetrag dieser Kosten so gering wie möglich zu halten. Wenn daher der Aufwand für die Sozialversicherung so hoch wird, daß er einen unverhältnismäßig großen Teil des Lohnes in Anspruch nimmt, so zeugt das von einer unwirtschaftlichen Einrichtung. Man kann nach Erfahrungsaussagen mehr oder weniger genau feststellen, was im Durchschnitt für solche Versicherungsfälle etwa insgesamt notwendig ist. Dabei ist natürlich zuzugeben, daß anormale Entwicklungen, wie wir sie jetzt haben, die beste Kalkulation über den Hausen werfen können. Dann kann der Fall eintreten, daß im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit insgesamt die Anforderungen der Versicherung über Gebühr anschwellen. Unter solchen Umständen muß alles getan werden, um den Gesamtanspruch zurückzubringen, ohne dadurch die Sicherung des Arbeiters gegen die Risiken seiner Arbeit zu schmälern. Dies ist der korrekte Weg.

Sodann darf nicht die Tatsache übersehen werden, daß manche wichtigen Gebiete der Sozialpolitik von dem Stande der Wirtschaft überhaupt nicht abhängig sind. Man denke nur an die ganze Gruppe der arbeitsrechtlichen Fragen. Es drängt sich zwangsläufig die Erwägung auf, daß insoweit in den Zeiten schlechter Wirtschaftslage jene anderen Gebiete besonders gepflegt werden müssen. Reist aber ist es so, daß in solchen Zeiten auch diese Gebiete Not leiden. Jedenfalls beweist der heutige Zustand, daß die Reaktion sich in weitem Umfang gegen arbeitsrechtliche Errungenschaften wendet. Der bloße Name „Betriebsratwesen“ belagt alles. Wären wir insgesamt ein Volk von besserem psychologischen (seelischen) Verständnis, so müßte sich umgekehrt ergeben, daß in wirtschaftlichen Krisenzeiten diese nicht von der Wirtschaft unmittelbar abhängenden arbeitsrechtlichen Fragen sorgfältig ausgebaut würden. Der vielfach erörterte Gedanke ist durchaus berechtigt, daß beispielsweise geringere Sätze der Arbeitslosenunterstützung andererseits einen Ausgleich erfahren sollen, & B. durch Ausbau des Arbeitsrechtes.

Das Leben des arbeitenden Menschen, so wie es sich in der Regel entwickelt und aufbaut, unterscheidet sich in einem Punkte wesentlich von dem Leben der übrigen Schichten des Volkes. Darin nämlich, daß der arbeitende Mensch keine sogenannte Laufbahn kennt. Für ihn bedeutet das Leben nicht, daß er es nach bestimmten Gesetzen antritt und dann einer Entwicklung entgegensteht, an deren Endpunkt eine frohe Vollendung steht, die dem Menschen im Arbeiter-Ansehen und gesellschaftliche Würde gewährleistet. Sein Leben steigt nach einigen Jahren des Lernens ziemlich plötzlich auf, erhält sich auf einer gewissen Höhe, solange er in der Vollkraft seiner Jahre steht, und bricht dann plötzlich gleichsam ab, indem der Arbeiter, hilflos gesprochen, gesellschaftlich untertaucht. Hier nun schaltet sich die Sozialpolitik ein. Sie sorgt, daß der arbeitende Mensch in Zeiten des Unglücks und der Invalidität und des Alters nicht ganz hilflos wird. Sie erhält damit zugleich seinem Leben die Ansehnlichkeit vor den Menschen. Aber wie wenig ist es in der Tat! Weiterer Abbau würde auch diesen letzten Rest von Ansehnlichkeit zu immer weiterem Zusammenkrumpfen führen und damit in Elend erden lassen. Die Sozialpolitik hat ihre vornehmste Aufgabe darin zu erblicken, dem Arbeiterleben Würde zu verleihen, indem sie ihm, mindestens im Prinzip, allmählich eine Laufbahn erobert. Wie würde die Autorität des Familienvaters auf diese Weise gestärkt werden können, wo sie jetzt so vielfach restlos abfällt, weil die heranwachsende Jugend sich höherwertig vorfindet, indem sie den Verdienst nach Hause trägt, während der Familienvater vielleicht verdienst-

los auf ihre Gutwilligkeit angewiesen ist! Wie würden Autorität und Ehrfurcht überhaupt gewinnen!

Nicht also soziale Reaktion, sondern im Gegenteil sozialer Aufbau muß die Lösung sein. Gewiß können wir von der Wirtschaft nichts Unmögliches verlangen; den edlen Willen zur Neugestaltung darf aber niemand und nichts verkümmern. Sozialpolitik muß ihrem Wesen nach Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens sein. Für eine tiefere soziale Sicht ergibt sich hier der Zusammenhang mit der Sozialreform, das heißt also mit dem richtigen Aufbau des sozialen Lebens von selbst. Kernpunkt solcher Neugestaltung ist das berufsständische Prinzip. Gelingt der Aufbau auf dieser Grundlage, können wir also die Gesellschaft neu aufrichten, indem wir alle ihre Ausdrucksformen mit Leben erfüllen, können wir insbesondere den Strom pulsierenden Lebens in den Beruf und die Berufsgemeinschaft wieder hineinleiten, so ist damit zugleich die beste Lösung für die sozialpolitischen Probleme an sich gegeben. Berufsständische Krankenfürsorge beschränkt sich nicht auf Erhaltung und Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit, sondern führt zur Gesundheitsfürsorge. Berufsständische Arbeitslosenunterstützung macht sich die Individualität jedes einzelnen Berufszweiges genau so zunutze wie die Unfallversicherung, wie der Kampf gegen Invalidität, wie die Fürsorge für das Alter. Der Berufsstand kennt keine Politik der glänzenden Fassade, weil es ihm allein auf Gedeihenheit im Sinne des Berufes selber ankommt. Er kennt kein Untertauchen in die Bürokratie der Verwaltung, weil seine Menschen in der Verwaltung daselbe Leben leben wie alle anderen Berufszugehörigen. Das Wertvollste über allem anderen aber bleibt immer, daß hier der Weg über die Interessengemeinschaft zu einer allmählich sich anbahnenden Gesinnungsgemeinschaft geführt wird.

Die wirtschaftlichen Störenfriede

Der Wirtschaftsliberalismus hat gelehrt, daß die Uebel der Wirtschaft sich selbst heilen, wenn man nur die Wirtschaft nach ihren eigenen Gesetzen walten läßt. An dieser Ansicht ist etwas Richtiges. Wenn irgendwo Kapital selten ist, steigen die Zinsen, und die höheren Zinssätze locken Kapitalstrom von anderswo her, wo geringere Zinssätze gezahlt werden. Wenn von irgendeinem Gut Ueberproduktion da ist, dann wird es durch den Wettbewerb billiger angeboten. Entweder erwirbt das Gut dann neue Absatzmärkte, und dann können die großen Produktionen mit billigen Preisen bestehen, oder es handelt sich um Güter mit beschränktem Absatz, dann gehen infolge der Ueberproduktion die weniger leistungsfähigen Werke zugrunde, und die Ueberproduktion kommt zum Stillstand. Solche Beispiele lassen sich zahlreich anführen, und man kann schon zugeben, daß selbstregulierende Tendenzen in der liberalen Wirtschaftsordnung bestehen. Aber ein Rundblick in der Gegenwart zeigt, daß man sich auf diese Regulierungen nicht verlassen darf. Deutschland hat phantastisch hohe Zinssätze. Für Depositengeld (eingelagertes Geld) wird bis zu 9 Prozent gezahlt — wegen der Kapitalarmut Deutschlands. Frankreich und die Schweiz haben solche Ueberhörsätze an Kapital, daß für Depositen 0,5 bis 2 Prozent, zum Teil auch 0 Prozent Jahreszinsen vergütet werden. Aber das Geld strömt dennoch nicht nach Deutschland oder Oesterreich, ja nicht einmal ohne weiteres nach England, es vermeidet vielmehr die Länder, wo man es nötig braucht und durch hohe Zinsen bezahlen würde. Also: die Selbstregulierung ist gestört! Ebenso auf der Güterseite. Die Produktionsleistung der gesamten europäischen Stahlfabrikation übersteigt bei weitem den Bedarf an Stahlfabrikation. In Deutschland hat man ein schlechtes Werk, das gerade mit einem Aufwand von 28 Millionen errichtet worden war und noch nicht ein Jahr in Betrieb gewesen ist, stilllegen müssen. Das dort angelegte Kapital ist größtenteils verloren. Die übrigen Stahlfabrikanten arbeiten nur mit einem Teil ihrer Leistung, aber der Stahlfabrikationspreis ist nur wenig gesenkt worden. Durch eine fast unbegreifliche Investitionspolitik hat man die Eisen- und Stahlfabrikation Deutschlands stark erhöht, größtenteils mit geliehenem Geld, und hat dabei eine Menge alter Werke stillgelegt. Aber der Absatz von Eisen und

Stahl beträgt nur etwas über die Hälfte dessen, was man leisten könnte, und trotzdem bleibt der Inlandseisenpreis hoch. Ähnliche Fehlinvestitionen durch den Bau neuer Werke hat man in der Zementindustrie vorgenommen. Trotzdem ist der Zementpreis nach anfänglichem starkem Sinken jetzt durch eine Neuregelung praktisch wieder stark erhöht worden. Auch hier liegen sich die Beispiele häufen, die zeigen, daß es mit der Selbstregulierung nicht gut bestellt ist. Es ist richtig, früher oder später tritt eine Korrektur ein, das heißt: es kommt schließlich eine Katastrophe. Aber das ist keine echte Selbstregulierung, denn deren Sinn sollte sein, solchen schweren Störungen vorzubeugen.

Wie ist es nun möglich gewesen, daß Hunderte und aber Hunderte von Millionen zum Aufbau von Werken verbraucht worden sind, für die weder in Deutschland, noch in Europa, noch in der Welt hinreichender Absatz sichtbar ist? Warum hat nicht bei der steigenden Produktion der sinkende Preis die Unternehmerrüst gehindert, immer mehr und mehr geborgtes Geld in immer gewaltigere Fabriken zu stecken, deren Erzeugnisse keine Verwendung finden können? Die Antwort für die Störung auf der Güterseite der Wirtschaft liegt, von vielen Einzelheiten abgesehen, darin, daß der Wirtschaftsliberalismus seinen wesentlichsten Regulierungsfaktor selbst zerstört oder doch stark eingeschränkt hat, nämlich den freien Wettbewerb. Es gibt weder im Eisen, noch im Stahl, noch im Zement, noch in Kohlen — und die Listen könnte man noch stark verlängern — einen freien Wettbewerb der Unternehmungen, durch den die Preise bei Ueberproduktion sinken und bei zu geringer Produktion steigen, um auf diese Weise durch Produktionshemmung und Produktionsanreiz die Wirtschaft selbst zu regulieren.

In einer ganzen Anzahl von Grundprodukten und als Errungenschaften besonders der letzten Jahrzehnte, auch in einem weiten Umfang bei den Detailpreisen sind die Preise dem Wettbewerb entzogen durch Kartelle und Preisbindungen der verschiedensten Art. Diese so gebundenen Preise, mit denen der Unternehmer rechnen kann, solange das Kartell besteht, haben zur Folge, daß eine weitreichende Täuschung über die wirtschaftliche Lage auf dem Gütermarkt eintritt. Der Preis bleibt auch bei

Ueberproduktion bestehen und verlockt durch seine Höhe zu immer erneuter und erhöhter Investition. Da, wo gar keine Fabrik mehr nötig wäre, werden neue Fabriken gebaut und alte erweitert. Da nun diese großen Fabriken hohe Kosten verursachen, die investierten Kapitalien Zinsen verlangen, so wehren sich auf diese Weise entstandene oder vergrößerte Unternehmungen mit aller Kraft gegen Preislenkung. Gebundene Preise bieten einen gefährlichen Anreiz für Fehlinvestitionen, und dieser Anreiz hat in Deutschland, ja weit darüber hinaus, in der Welt Verheerungen angerichtet. Wir bezahlen unsere Kohlen, unsere Eisenwaren, unsere Bauten, unsere Düngemittel zu hoch, weil die Preise gebunden sind, und weil ihre Höhe dazu gebraucht wird, Fehlinvestitionen zu verzinsen, die man unter dem Schutz dieser Preise in den letzten Jahren vorgenommen hat. Aber das ist vielleicht noch der kleinste Teil des Übels. Für den einzelnen Käufer macht es noch viel mehr aus, daß auch die Detailpreise, die er im Laden bezahlt, größtenteils gebunden sind, zum Beispiel bei den Kosmetischen Artikeln, Zahnpasten, vielen Seifen und dergleichen, oder bei photographischen Gegenständen, bei einem Teil der Lebensmittel, bei einem sehr großen Teil der Haushaltsgegenstände, vielen Schreibwaren. Fast überall besteht eine gewaltige Ueberproduktion. In einer Tube Zahnpasta, die früher 1 Reichsmark gekostet hat und durch Notverordnung um 10 Prozent gesenkt, also auf 0,90 Reichsmark gesetzt wurde, ist eine Röhre enthalten, die bei freiem Wettbewerb höchstens die Hälfte kosten könnte. Weil aber die Preise gebunden sind, auf einer oft ganz ungerechtfertigten Höhe, so reizten diese hohen Preise, immer neue Zahnpasten und Toilettenartikel, Cremes, Seifen, Rasierflinger, Rasch- und Heizgeräte, Staubsauger und dergleichen auf den Markt zu bringen und immer neue Läden zu eröffnen. Die Fabriken sind zum Teil weit über den Bedarf hinaus erweitert und kämpfen, ebenso wie die Händler, um diese hohen Preise.

In den Jahren von 1907 bis 1925 hat die Zahl der Handelsbetriebe in Deutschland um 408 000 Firmen zugenommen, das heißt, sie hat sich von 740 000 auf 1 148 000 gesteigert. Jetzt aber ist der Umfah aller dieser Handelsbetriebe zusammengenommen kleiner als 1907. Auch durch die Einrichtung zahlloser dieser Handelshäuser und Läden sind gleichfalls große Fehlinvestitionen erfolgt.

Durch die Selbstauschaltung des großen Regulators im liberalistischen Wirtschaftssystem, des freien Wettbewerbes und der mit ihm verknüpften Senkung der Preise und Verdienstmöglichkeiten im Falle der Ueberproduktion ist schwerer Schaden angerichtet worden. Die Fehlinvestitionen, das heißt also, die zu Unrecht und ohne realen Bedarf errichteten oder vergrößerten Fabriken, Magazine, Läden, bedeuten einen Kapitalaufwand von vielen Milliarden Mark. Diese Milliarden, hineingestoßen zum Teil auf Grund von Darlehen des In- und Auslandes, vielfach sogar mit kurzfristigem Geld finanziert, bedeuten nicht nur, daß Milliarden verthan sind, daß der Abzug der festgelegten Gelder Gefahr bringt, sondern ihre Wirkung ist viel schlimmer. Da inländisches und darüber hinaus eine Menge ausländisches Geld in diesen Anlagen festliegt und hohe Zinsen verlangt, die ja nur aus dem Verkauf der Artikel erwirtschaftet werden könnten (und für fast alle Artikel schrumpft der Absatz dauernd), so entsteht fast ein Zwang, die Preise künstlich weiter hochzuhalten. Das bedeutet: bei den gesunkenen Einnahmen der

Bevölkerung einen möglichst großen Anteil der gebliebenen Kaufkraft des Volkes an sich zu ziehen. Aber jede Kaufkraft, die irgendwo zu Unrecht durch zu hohe Preise und Spannen gebunden wird, geht immer anderen Branchen verloren. Wenn ich für Kohlen, Haushaltsgeräte, Markenartikel und dergleichen wesentlich mehr bezahle, so habe ich für die anderen Gegenstände die in der freien Wirtschaft geblieben sind, bei denen also die Preise nicht gebunden wurden, weniger Mittel zur Verfügung. So wälzen die Gebiete der gebundenen Preise einen Teil der Not auf die übrigen Wirtschaftsgebiete ab. Das geht viel weiter, als die Allgemeinheit weiß. Weil sie sich vor der freien Konkurrenz fürchtet, binden eine Menge Branchen in mehr oder minder strenger Form die Preise. Das tun sie aus Existenzkampf, denn sie fürchten, bei der Abschärfung, also beim Rückgang der Umsätze, vollends in äußerster Not zu kommen, wenn auch die Preise noch sinken.

Darum regulieren, um ein ganz bekanntes Beispiel zu nennen, vielfach die Bäcker ihre Preise. Man kann das von dem Standpunkt der einzelnen Handwerker, Händler und Produzenten verständlich finden, denn jeder verteidigt zuerst seine Existenz und seinen Stand. Aber niemals waren die Unterschiede so groß wie jetzt etwa zwischen Mehlspreis und Brotpreis, Erzeugungspreis der Elektrizität und des Gases und Verkaufspreis der beiden, Erzeugungspreis der Kohle und Verkaufspreis der Kohle, und dies hat folgende Konsequenz: Zum Bewegen der Güter steht die tägliche Kaufkraft zur Verfügung, das ist die Summe aller Einnahmen, die die Menschen pro Tag aus Lohn, Gehalt, Unterstützung, Rente, Unternehmungs-gewinn und dergleichen beziehen. Das ist für Deutschland täglich eine bestimmte Menge von Millionen, und diese Menge von Millionen ist stark geschrumpft durch den Geld- und Kreditabzug des Auslandes, die Kapitalflucht, die ungeheure Arbeitslosigkeit mit ihrer verheerenden Einkommensreduktion. Das bedeutet, daß weniger Güter gekauft werden können. Wenn nun die Preise beweglich wären, so würden sie bei dem hohen Angebot an Waren stark sinken. Dann könnten die verkleinerten Einkommen wieder mehr kaufen, und das würde bedeuten, daß die Gütermärkte wieder in Gang kommt, daß eben mehr Güter abgesetzt werden, daß die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze kämen, die Angestellten wieder in ihre Büros, und die Wirtschaft, natürlich über manche Schwierigkeiten, allmählich wieder auf die aufsteigende Linie gelangte.

An Stelle von vielen Dingen folgende Ziffern: Die freien Produktionspreise, das sind also die Gegenstände, die nicht durch Kartelle oder andere Preisbindungen gesenkt sind, sondern im freien Wettbewerb sich heben und senken, sind in ihrem Index vom Jahre 1926 (gleich 100) bis zum Juli 1931 von 100 auf 62 Punkte gesunken. Darin sind also zum Beispiel Blei, Kupfer, Zink, Textilien, Petroleum, Kautschuk, Holz enthalten. Dies ist eine Senkung, die der Senkung der Einkommen reichlich entspricht. Aber die geregelten Preise in der Produktion, also Kohle, künstlicher Dünger, Zement, Eisen, Walzzeugnisse u. a. bewegten sich in der gleichen Zeit bis zum Juli 1931 von 100 auf 93,9, also einer Verringerung von 38 Prozent steht eine Verringerung von 6 Prozent gegenüber.

Ich fasse also zusammen: die liberale, kapitalistische Wirtschaftsordnung hatte auf der Güterseite wirklich einen Selbstregulator: wo Ueberangebot herrscht, sinken die Preise und schrecken die Unternehmer ab. Wo Mangel herrscht, steigen die Preise und locken die Unternehmer zu Initiativen an. Liberalismus bedeutet aber persönliche Freiheit, und von dieser Freiheit hat man Gebrauch gemacht, indem man freiwillig Zwang auf sich lud, um ihn weiterzugeben, nämlich Preiszwang. Dadurch sind falsche „Anschläge an der Schalttafel“ entstanden, die Reglemente haben falsche Werte für Strom und Spannung (um in unserm Beispiel von der Schalttafel zu bleiben) gezeigt. So wurden durch künstlich hochgehaltene Preise Milliarden und aber Milliarden von inländischem und ausländischem Kapital an falsche Plätze gelockt. Dort ist es jetzt fest. Werden die Preise plötzlich gesenkt, so droht dem Kapital Zinslosigkeit, ja Untergang. Uebergroße Fabriken, überflüssige Handelsunternehmungen, eine Menge Einzelkaufleute verlieren dann von ihrem Bestand. Und trotzdem gilt hier der Satz, daß die Not Eisen bricht, und daß der Tag bestimmt kommt, wo sich diese Zustände nicht anrechterhalten lassen. Die Heilung der Konjunkturalnot von der Güterseite kann nur durch die Angleichung der Preise an die Kaufkraft geschehen, und nicht etwa dadurch, daß man Löhne und Gehälter in der Wirtschaft mechanisch weiter senkt, während die Preise festgehalten werden. Denn dadurch würde ja nur das Rückwärts der Wirtschaft noch mehr abgetrieben.

Um nun Mißverständnisse auszuschließen: Es ist nicht so, daß Kartelle und Preisbindungen unter allen Umständen falsch wären. Es gibt Fälle, wo sie notwendig oder doch nützlich sind. Doch wollen wir hier von ihren positiven Aufgaben nicht sprechen, da das im Augenblick nicht unmittelbar zum Thema gehört.

Aber eine Gruppe von künstlichen Preiserhöhungen müssen wir erwähnen, die eine ganz große Rolle bei den Lebensmitteln spielt: das Brot in Deutschland ist bis zu weitem Teil so teuer wie in manchen anderen Ländern, und von anderen Lebensmitteln kann man leider das gleiche sagen (der Zucker ist durch Zoll und Steuer auf einem Mehrfachen seines Einheitspreises gehalten). Das ist zum Teil eine Folge der größeren Spanne zwischen Rohstoff und Endprodukt, was der ich oben sprach, zum Teil eine Folge unserer Agrarpolitik, ohne die ein großer Teil der Landwirtschaft dem Untergang verfallen wäre. In den

Verinigten Staaten werden Millionen Farmer auf Staatskosten ernährt, wie bei uns die Arbeitslosen, weil die Getreidepreise etwa auf ein Drittel der Selbstkosten der Erzeugung angekommen sind. Wir haben es anders gemacht. Wir haben durch hohe Zölle die Getreide- und Futtermittelpreise künstlich erhöht. Aber man muß sich darüber klar sein, daß auch hier nur begrenzte Hilfsmöglichkeiten bestehen, und daß dadurch unsere Ernährung, alles ineinander gerechnet, wohl 20 bis 30 Prozent teurer ist, als es der Weltlage entsprechen würde.

(Aus: F. Dessauer „Im Kampf mit der Wirtschaft“.)

Wichtige Gegenwartsaufgaben und Probleme

Fast feiern wir wieder Ostern, das Fest der erwachsenen Natur. Schwelende Knospen, grüne Wiesen und liebliches Vogelgezwitscher, das sind die freundlichen Boten und Begleiter des Frühlings. Wir Bauarbeiter freuten uns einstmals, wenn nach langen Mußestunden des Winters endlich die Sonne wärmer schien, damit die handwerksmäßige Tätigkeit auf der Bau- und Arbeitsstelle beginnen konnte.

Und wie steht es nun in diesem Frühjahr mit der praktischen Betätigung im Bauhandwerk aus? Wir wissen es, daß die Bauaufträge spärlich, sehr spärlich sind. Die Drohsellungen seitens der Reichs-, Staats- und Kommunalstellen halten weiter an. Fast kaum sind in den Kommunen ordnungsgemäße Bauprogramme aufgestellt worden. Man sagt, es sei kein Geld für die Neubautätigkeit vorhanden. Ja man wagt zu behaupten, daß überdies gar keine Wohnungsnot mehr existiere. In der Verwaltungsstelle Gladbeck fehlen insgesamt mehr als 5000 Wohnungen, davon allein Zweizimmerwohnungen, also Kleinwohnungen rund 4000. Die Wohnungsämter in Buer, Bottrop und Gladbeck weisen mehr als 3400 Suchende für Zweizimmerwohnungen auf. Trotz alledem gibt es Leute, sogar solche, die sich mit Sachkenntnissen brüsten, die dreist behaupten, wir haben keine Wohnungsnot mehr, wir haben schon Wohnungen zuviel. Die Bauwirtschaft braucht in den ersten 10 Jahren überhaupt nicht mehr angeturbelt zu werden, die Gelder solle man zu „nützlicheren“ Zwecken verwenden. In der Regel handelt es sich um Menschen, die geruhig und satt zugleich sind und die Wirtschaft nur durch ihre Zweckbrille schauen. Sehr zu bedauern ist aber, wenn diese und ähnliche Gedankengänge sich bei Leuten breitmachen, die eine gewisse Verantwortung für die Wiederherstellung der kommunalen Wirtschaft tragen.

Vielorts hat man jetzt alle Hände voll zu tun, um die sogenannten Rand-siedlungen zu beraten und durchzuführen. Das Stadtverordnetenkollegium in Bottrop hat die Vorlage der Stadtverwaltung abgelehnt. In Gladbeck zog die Verwaltung eine ähnliche Vorlage wieder zurück. Die Meinungen über diese Rand-siedlungen gehen auseinander. Vom Standpunkte des praktischen Baufachmannes, kann man kein großer Freund dieser Rand-siedlungspläne in der jetzt vorliegenden Form sein. Die Pläne sind eine Zurückwerfung der Wohnkultur um fast 100 Jahre. Räume von 2,25 Meter lichte Höhe, mit einem Rauminhalt von 4, 6, 8, 10 und in einem Falle 14 Quadratmetern, können mit dem besten Willen nicht als das Ideal einer Siedlung, und vor allem nicht als einer menschlichen Wohnung, angesehen werden. Dazu fehlt fast jede Unterkellerung. Die Außenwände werden einen Ziegel, also 25 Zentimeter stark. Ein Stall für Kleinvieh, der unmittelbar von der engen Kochküche erreicht wird, vollendet das Rand-siedlerhaus, dem als Gartenland 70 Ruten zugeordnet sind. Das Ganze soll für einen Kostenpunkt von 3000 RM. hergestellt werden, was zu das Reich ein Darlehen von 2500 RM. gibt. Die restlichen 500 RM. müssen in einigen Kommunen von dem Siedler selber aufgebracht werden, während in anderen Gemeinden diese selber 300 RM. als weiteres Baudarlehen geben wollen, so daß der Siedler nur 200 RM. Eigenkapital braucht. Im Falle des Unvermögens, dieses Eigenkapital aufzubringen, wird auch dieser Betrag als Hypothek aufgenommen. Die Finanzierung würde also zunächst das einzige günstige Baumentent sein.

Die praktische Auswirkung wird in den meisten Fällen die sein, daß der Siedler wohl eine billige Wohnung bekommt, denn für alle fünf Räume, soweit man diese als Zimmer bezeichnen kann, sollen nicht mehr als monatlich 15,- RM. Abgaben, Miete oder Verzinsung erforderlich sein. Ob diese Form der Siedlung einer Familie den notwendigen Lebensertrag erbringt, ist doch sehr zu bezweifeln. Ebenso zweifelhaft ist dann die erwartete Entlastung der Kommunen. Wesentliche Arbeitsgelegenheit für uns Bauarbeiter ist nicht zu erwarten. Sicher haben wir alle Ursache, dem Siedlungswejen die größte Beachtung zu schenken. Seitens der Reichsregierung hätten aber bessere Wege in der Siedlungsfrage eingeschlagen werden müssen und können. Das, was jetzt geschieht, verdirbt auf weite Sicht gesehen, mehr als es gut macht.

Mit berechtigter Sorge beobachten wir auch die Tätigkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes. Nach gezielter Sanktionierung des Arbeitsdienstes versuchen nun kirchliche Vereine, Turnvereine, ja sogar rein politische Vereine (Stahlhelm), sich mit einem geradezu verdächtigen Eifer auf diese Betätigung zu stürzen. Allein im Arbeitsamtsbezirk Gladbeck sind es nicht weniger als zwölf Vereinigungen, die auf dem Wege des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ irgendeine Vereinsplazanlage,

Beinahe hätte die Vernunft gesiegt...

Auf die wägen Wahlauseinandersetzungen der letzten Wochen hat der 13. März unumkehrbar den Schlussspunkt gesetzt. Beinahe hätte die Vernunft gesiegt... Auf Reichspräsident von Hindenburg entfielen 16 661 736, auf Hitler 11 338 571, auf Thälmann 4 982 079, auf Duesterberg 2 567 876 und auf Winter 111 470 Stimmen. In Gegen-satz zu den ausgesprochen parteipolitischen Wahlen zu den essentiellen Körperschaften muß die Wahl der Reichspräsidenten mehr als ein Vertrauen zu einer Person wie zu politischen Parteien und deren Grundthesen betrachtet werden. Der politische Sinn des deutschen Volkes ist noch zu jung, um hierüber entscheiden zu können. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise führen bestimmt manchem Wähler den Sinn nicht nach weitläufiger verständnisvoller Ueberlegung, sondern nach gefühlsmäßig bedingter Voreingenommenheit. Die oberste Stelle im Staat soll aber etwas anderes sein, als eine parteipolitische Rollenspielle oder ein wirtschaftspolitischer Lanzenkämpfer. Ohne Unterbrechung aller Faktoren, für deren Umkehrung wir nichts tun können, bleibt die Frage des Bestandes zum politischen und wirtschaftlichen Staat Deutschlands der Hauptausgangspunkt für die Bedingung der heutigen Staats- und Wirtschaftskrise. Die politischen Folgen aus dem Wahlergebnis sind noch nicht gezogen. Weniger als ein Prozent stellt den Bestandsmann des deutschen Volkes an der entscheidenden Weichheit. Die mit Ueberbetonung des Wortes „national“ hantierenden gegangenen Träger zweier Kandidaturen werden damit erneut vor die Frage gestellt, ihr politisches Eingriffsfähigkeit zu beweisen. Rühl und Langhoff sei gesagt: Wenn auch Deutschlands Wieder-empfang aus der Wirtschaftskrise nicht ausschließlich von der Person an der Spitze des Reiches abhängt, so würde beides, gewiß, um Monate verkürzt, wenn über den maßgeblichen Einflüssen und Beeinträchtigungen die tüchtende Vernunft hätte.

Grünflächen und dgl. schaffen wollen. Hier scheinen die Landesarbeitsämter außerordentlich entgegenkommend zu sein. Vor Genehmigung durch das Landesarbeitsamt wäre es zweckmäßig, solche Anträge dem Verwaltungsausschuß des örtlich-interessierten Arbeitsamts zur gutachtlichen Stellung zu übermitteln. Sonst besteht allzu leicht die Gefahr, daß trotz der gesetzlichen Richtlinien Tiefbau- oder Kultivierungsarbeiten ausgeführt werden, die durch ein reguläres Arbeitsverhältnis erledigt werden können. In mancher Hinsicht kann der „freiwillige Arbeitsdienst“ sicherlich seine guten Seiten haben. Wir müssen aber überall auf dem Posten sein, damit dem Baugewerbe und vor allem dem Tiefbau nicht eine unberechtigte, lohndrückende Konkurrenz erwächst.

Diese und andere Fragen dürften zu Beginn des Frühjahrs von besonderer Bedeutung sein. Unsere Aufgabe muß es sein, allenthalben nach dem Rechten zu sehen, damit die Belange unserer Mitglieder und des Baugewerbes gewahrt bleiben. Denn leider gibt es in Deutschland nicht wenig Menschen, die recht gerne sehen, wenn die deutsche Bauarbeiterschaft noch weiter auf der Straße liegt und hungert.

Josef Einig.

Arbeitslosenfeststellung im Verband im Februar 1932

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Februar aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage im Vergleich zum Vormonat noch eine — allerdings unwesentliche — Verschlechterung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Januar mit 92,29 Prozent weist der Februar die Zahl der Beschäftigungslosen mit 93,07 Prozent aus. Das bedeutet eine Steigerung der Arbeitslosenzahl um 0,84 Prozent. Gegenüber der Vergleichszahl vom Februar 1931 mit 82,72 Prozent liegt der diesjährige Arbeitslosenstand des gleichen Monats um 11,12 Prozent höher. In den letzten fünf Jahren hatten wir im Februar folgende Arbeitslosenzahlen: 1927: 88,30 Prozent, 1928: 86,59 Prozent, 1929: 85,79 Prozent, 1930: 71,52 Prozent, 1931: 82,72 Prozent. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk München, ihm schließen sich an Frankfurt, Königsberg und Paderborn. Kein Bezirk liegt unter 90 Prozent. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozent der Mitglieder:

1. Berlin 93,77%	7. Köln 92,91%
2. Bochum 91,36%	8. Königsberg 94,20%
3. Breslau 92,35%	9. München 96,29%
4. Frankfurt 95,85%	10. Münster 92,16%
5. Hannover 93,39%	11. Paderborn 94,10%
6. Karlsruhe 90,83%	

Rundschau

Arbeitseinkommen seit 1929 um 43% gesunken

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Vierteljahrsbericht eine bemerkenswerte Schätzung des Arbeitseinkommens in Deutschland. Bei einer Zusammenfassung der Einkommensausfälle durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau beziffert das Institut das gesamte Arbeitseinkommen in Deutschland für das erste Vierteljahr 1932 nur noch auf 6,5 Milliarden RM. Da im Herbst 1929 ein Vierteljahrs-einkommen von über 11 Milliarden RM. erreicht war, beträgt der Einkommensausfall der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nunmehr fast 43 v. H. Diese von dem Institut wahrscheinlich sehr vorsichtig geschätzte Größenordnung zeigt eindringlich, wie stark die arbeitnehmenden Schichten von der Krise betroffen wurden. Nur ein Teil dieser Verluste ist durch die inzwischen eingetretene Preislenkung gedeckt. Die neue Steuerbelastung der letzten Jahre belastet jeden Arbeitnehmerhaushalt in zusätzlicher Weise.

Vielfach sind Einlagen von Sparkassen oder von Banken abgezogen und zur Anschaffung von Dauergütern (Hausrat, Ausstattungsgegenstände) verwendet worden. Hierdurch erklärt es sich, daß die Umsätze des vierten Vierteljahres 1931 nicht so katastrophal zurückgegangen sind wie das Einkommen. Seht man industrielle Produktion und Umsätze für das Jahr 1928 mit 100 an, so war die industrielle Produktion im Jahre 1931 auf 70 v. H. und der Umsatz auf 94 v. H. gesunken. Festzustellen bleibt, ob das Einkommen aus Kapitalbesitz im gleichen Prozentsatz gefallen ist wie das aus dem Arbeitsverhältnis fließende Einkommen.

Liefstand der Arbeitslosigkeit erreicht

In der zweiten Februarhälfte ist die Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenzahl zum Stillstand gekommen. Ende Februar waren rund 6 128 000 Arbeitslose vorhanden. Gegenüber der ersten Februarhälfte ist also nur eine ganz geringe Zunahme eingetreten. In einem Teil der Bezirke ist noch eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern festzustellen, so in Ostpreußen, Schlesien, Niederrhein, Westfalen, Rheinland, Hessen, Sachsen, Bayern und Südwestdeutschland, in den Bezirken Brandenburg, Pommern, Nordmark und Mitteldeutschland ist dagegen ein Rückgang zu verzeichnen.

In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende Februar 1 852 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Das bedeutet gegenüber der ersten Februarhälfte eine Abnahme um 30 000. In der Krisenfürsorge hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 31 000 zugenommen. Sie beträgt jetzt 1 674 000. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug Ende Februar rund 1 533 000.

Am 19. März 1932 ist der zwölfte Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Aus dem Verbandsleben

Contwig. Am 31. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Scharrj, gab den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr. Besondere Beachtung verdiente der Kassenbericht des Kollegen Julius Semar. Schon über ein Vierteljahr sind mehr als 95 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos. Das verfloßene Jahr war für uns in der Westpfalz von solcher Wirkung, daß die eingegangenen Beiträge nicht reichten, um die Unterstüßungen auszu zahlen, so daß die Hauptkasse mehrmals Zuschüsse geben mußte. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und die alte Vorstandskasse wiedergewählt. Kollege Scharrj besprach dann noch die Zusammenarbeit des DSW., Ortsgruppe Zweibrücken und des Bezirksartikels der christlichen Gewerkschaften bezüglich der Preisüberwachung im Bezirk Zweibrücken. Durch Flugblätter, die den Verbandszeitungen beigelegt waren, wurden die Hausfrauen zur Prüfung der Preise aufgefordert. Maner.

Koblenz. Unsere am 14. Februar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Zuerst wurde der verstorbenen Kollegen gedacht. Der Jahresbericht verwies auf die katastrophalen Vorgänge auf dem Geldmarkt im vorigen Jahre mit ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die Notverordnungen haben sicher manches Schlimme verhindert, aber auch den Haushalt des Arbeiters stark erschüttert. Die letzte Notverordnung hat eine weltwirtschaftliche und außenpolitische Bedeutung gewonnen und so die Voraussetzung für eine gesunde Reparationspolitik geschaffen. Neben den politischen Spannungen sind auch die sozialen Gegensätze im vergangenen Jahr ins Unerträglichste gestiegen. Daran sind nicht die politischen Verhältnisse allein schuld. Der heftige und gefährliche Kampf unserer sogenannten Wirtschaftsführer gegen die Arbeiterkassen, ihre Gewerkschaften und alle sozialen Einrichtungen hat das Ziel: Zerschlagung des Tarifwesens, Zerschlagung der Gewerkschaften. Er muß erfolglos bleiben. Bei der Lohnbewegung im April 1931 haben wir zur Genüge gesehen, wo der Kurs hingehen sollte. Der Lohn sank in unserm Gebiet in der Spitze von 1,30 M. auf 1,13 M. in den nachgeordneten Gebieten und Gruppen dementsprechend. Der Schlichter hat auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Löhne unter den Stand vom Januar 1927 gelenkt. Ohne die Gewerkschaften wäre alles zerschlagen worden, was in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit aufgebaut wurde. Wir hatten im Durchschnitt des Jahres in unserm Verbandsgebiet einen Arbeitslosenstand von 83,21 Prozent. Jeder Kollege hat im vergangenen Jahr dreimal das Büro besucht. Im Wege des Rechtsschutzes konnten für die Kollegen rund 11 000 M. herausgeholt werden. 121 Termine waren wahrzunehmen. Die finanziellen Verhältnisse wurden durch die Arbeitslosigkeit bestimmt. — Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

In gebührender Weise fand die Ehrung des Jubilars Kollegen Schönberger statt. Bezirksleiter Kollege Hänschen beglückwünschte ihn und überreichte ihm die Ehrenurkunde mit Silbernadel. Eine Anzahl Kollegen, die sich im vergangenen Jahr besonders in der Werbetätigkeit ausgezeichnet hatten, konnten mit Preisen bedacht werden. Ein anschließender Lichtbildvortrag über die Abrüstung der Welt, insbesondere Deutschlands, zeitigte eine entsprechende Entschlieung bei einstimmiger Annahme.

Beuthen, O/Sch. In unserer am 16. Februar stattgefundenen Generalversammlung gab der Schriftführer Kollege Fojzik den Jahresbericht, in dem sich die Auswirkungen der schlechten Baukonjunktur bildlich widerspiegeln. Die mit der Krise sich mehrenden Schwierigkeiten konnten abgewehrt, die Ortsgruppe im weiteren Aufbau sogar wesentlich gesteigert werden. Die Vorstandswahl brachte keine wesentliche Veränderung. 1. Vorsitzender wurde Kollege Mikodemus Fojzik, 2. Vorsitzender Bernhard Haronjka, 1. Kassierer Lorek, 2. Kassierer Kachner, 1. Schriftführer Galyna. Für die christliche Arbeiterhilfe hat die Vertretung Kollege Galyna. — Den Jahres- und Kassenbericht über die Verwaltungsstelle Gleiwitz O/S. gab Kollege Heidrich. Anschließend gab er dann auch noch einen allgemeinen Rückblick und Ausblick, was ebenfalls von den Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. H. J.

Brühl. Sonntag, den 17. Februar, fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Pückerich sprach über: „Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und ihre Auswirkung für die Bauarbeiter.“ Der Ratliche Schlichter habe bei der Neuregelung der Löhne gegen die Notverordnung verstoßen. Ab 1. März 1932 sank der Lohn unter die Lohnsätze vom 10. Januar 1927. Die Gewerkschaften haben die Tarifinstanzen zur Entscheidung angerufen. Das Bestreben der Arbeitgeber sowie des Schlichters geht dahin, die Löhne im Baugewerbe an die Löhne in der Industrie heranzubringen. Diesem kann nur entgegen gewirkt werden durch eine gute und starke Organisation. Die Vorstandswahl ergab folgendes: 1. Vorsitzender Kaspar Thiesen, 2. Vorsitzender Josef Kalkoier, Kassierer Matth. Sürth, Schriftführer Willi Zimmer, Beisitzer Heinrich Fennes und Wendelin Heß. Zum Schluß der Versammlung appellierte der Vorsitzende an die Kollegen, im neuen Jahr ihre Kraft in erhöhtem Maße in den Dienst des Verbandes zu stellen, um die Bestrebungen der Unterthmer zu vereiteln. Was in dreijähriger Arbeit erkämpft worden ist, darf nicht durch die Gleichgültigkeit der Kollegen vernichtet werden.

Amberg. In unserer am 17. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurde zunächst des verstorbenen Kollegen Franz Nikolaus Schömitz gedacht. Aus dem

Jahresbericht war zu ersehen, daß trotz größter Arbeitslosigkeit ein Mitgliederzuwachs erreicht wurde. Die Versammlungen waren regelmäßig und gut besucht. Die Arbeitslosigkeit wirkte sich hier ganz stark aus; von 3000 Einwohnern der Gemeinde sind über 500 Bauarbeiter, z. T. ist von unserm Verband kein einziger Kollege beschäftigt. Im Kassenbericht machte sich naturgemäß die Arbeitslosigkeit wieder recht deutlich bemerkbar. Die Vorstandswahl brachte eine kleine Veränderung. An Stelle des 1. Vorsitzenden wurde Franz Rütt gewählt; der bisherige Vorsitzende, Kollege Theodor Zürlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Kollege Greib, Würzburg, sprach der Ortsgruppe den Dank aus für die Mithilfe in der Gewerkschaftsarbeit und forderte alle Kollegen auf, auch in diesem Jahre jeder seine Pflicht zu tun. Er gab der Versammlung einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Verwaltungsstelle Würzburg. Auch da ist trotz dieser schweren Zeit bestmögliches geleistet worden. In einem Vortrag behandelte Kollege Greib hauptsächlich die neuen Richtlinien der Arbeitslosenversicherung nach der 4. Notverordnung und schuf mit praktischen Beispielen Klarheit. Der Redner betonte, daß auch in einer Krisenzeit die Agitation für die Gewerkschaft nicht erlahmen dürfe. Bei der Diskussion erfolgte noch manche Klärung. Auch der Herr Pfarrer, der gern zu unseren Versammlungen erscheint, sprach seine Freude über den glänzenden Besuch der Versammlungen aus und forderte die Kollegen auf, die Aufklärung nicht zu vergessen. Für das neue Jahr soll unsere Parole lauten: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! M. Sch.

Böden. Am 17. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Josef Schröder, 2. Vorsitzender August Biermann, Meinolf Meier als Kassierer und Ernst Warnke als Schriftführer. Nach dem Kassenbericht hielt Bezirksleiter Kollege Werner einen interessanten Vortrag über den Kampf der christlichen Gewerkschaften, von ihrem Anfangsstadium bis zur heutigen Zeit und erwähnte in diesem Zusammenhang den Werdegang der Verwaltungsstelle Böden, die 30 Jahre besteht. Anschließend überreichte Kollege Werner dem Jubilar Meier eine Ehrenurkunde und die Silbernadel des Verbandes. Kollege Meier ist 25 Jahre ein unermüdlicher Kämpfer für die christliche Gewerkschaftsidee, die gleiche Zeit ist das Amt des Kassierers in seiner Hand. E. W.

Limburg/Wahn. Trotz 82prozentiger durchschnittlicher Arbeitslosigkeit doch vorwärts! In unserer Zusammenkunft der Delegierten aller Ortsgruppen gab Kollege Sieben den Geschäftsbericht. Der Mitgliederbestand konnte im Laufe des Jahres um 50 vermehrt werden. 113 Kollegen wurden neu aufgenommen und 22 traten aus anderen Organisationen über. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Jahre 1931 betrug 82 Prozent. Der Markenumsatz betrug pro Mitglied 11 volle, 37 arbeitslose und 4 beitragsfreie. Arbeitslosenunterstützung wurden 4788 RM. ausgezahlt. Der Rechtsschutz brachte reichlich Arbeit. 188 Einsprüche in der Arbeitslosenversicherung mit 242 Terminen mußten am Spruchauschuß wahrgenommen werden, so daß allein in der Arbeitslosenversicherung ein buchmäßiger Rechtsschutz von 20 340,66 RM., hinzu noch in den anderen sozialen Versicherungszweigen ungefähr 4000 RM., so daß insgesamt über 24 000 RM. Rechtsschutz Geldwert für die Kollegen erstritten wurde. Versammlungen wurden 122 abgehalten. Die Not in unserm Abwanderungsgebiet steigt. Bleibt in diesem Jahre auch die Abwanderung völlig unterbunden, so wird im kommenden Winter die Katastrophe für viele Familien unausbleiblich sein. — Lebhaftige Zustimmung fand der Bericht über die durchgeführten Jugendkurse. Zehn Jugendkurse mit etwa 250 Teilnehmern wurden von dreizehn Technikern durchgeführt. Die am 20. und 21. Februar in Limburg am St. Georgshof veranstaltete Ausstellung erregte sich größter Beachtung. Ueber 3000 Besucher, darunter der Herr Landeshauptmann Dr. Lütjoh, Vizepräsident Commer von der Regierung in Wiesbaden und Vertreter anderer Behörden brachten der Ausstellung ihr größtes Interesse entgegen und zollten für diese Art der Betreuung der arbeitslosen Jugendlichen stärkste Anerkennung. — Der alte Verwaltungsstellen-vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und durch einen Vertreter der Jugend ergänzt. — Bezirksleiter Schleicher, Frankfurt, sprach über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen der Zeit. Interessant waren seine Ausführungen bezüglich der „Arbeiterfreundlichkeit“ der NSDAP. Die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur Regierung sei nicht kritisch. Die Front zur Erhaltung der Sozialversicherung, mit deren Aufbau oder Zusammenbruch das Volk in seiner Gesamtheit leide oder falle, sei durch die Herinholung des letzten Anorganisieren in die Gewerkschaften zu stärken. Nach Ansprachen über Richtlinien der Arbeits- und Wohlfahrtsämter schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch auf bessere Zukunft die inhaltsreich verlaufene Tagung.

Allendorf (Kr. Kirchhain). Am 20. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Jahresbericht des Vorsitzenden Schmitt stellte einen Mitgliederabgang durch die schlechte Baukonjunktur fest. Der Bericht des Kassierers Schaub wies aus dem gleichen Grunde einen Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahre aus. Die Vorstandswahl brachte keine wesentliche Veränderung. 1. Vorsitzender Karl Leo Schmitt, Kassierer Franz Schaub, Schriftführer Karl Weikel. An Hand eigener Erlebnisse erläuterte der Vorsitzende, wie sehr heute Anstrengungen gemacht werden, der Arbeiterkassen das zu entreißen, worum unsere Gewerkschaft jahrelang gekämpft hat. Die Schlussfolgerung für uns ist: Gerade jetzt in der schlechten Wirtschaftslage zusammenhalten, um Gelüsten der Gewerkschaftsfeinde Widerstand zu bieten. R. B.

Leitungen. Die am 21. Februar stattgefundene Generalversammlung war recht zahlreich besucht. Kollege Apel erstattete den Kassenbericht. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender und 1. Kassierer Philipp Apel, 2. Vorsitzender Heinrich Surhhardt, Sundeshagen, 1. Schriftführer Hermann Sonnabend. Ueber Gewerkschaftliches und über die Wirtschaftskrise hielt Kollege Wucherpsenig, Duder-

Stadt einen ausführlichen Vortrag. Er stellte fest, daß der Gewerkschaftsgeist hier auf dem Höhepunkt gut ist. Seine Mahnung, auch in diesem Jahre weiterhin fest zusammenzukommen, damit einer besseren Zeit vorgearbeitet wird, soll Widerhall bei uns finden.

Brand (Verwaltungsstelle Nagen). Unsere im Vorjahre fällige, aus der Not der Zeit verschobene Feier des 25jährigen Bestehens unseres Verbandes am Orte, wurde nunmehr am 21. Februar in ganz schlichter Weise abgehalten. Zwei Gründungsmitglieder die Kollegen Heinrich Lapp und Heinrich Braun, hatten bereits ihre Ehrenurkunde und Silbernadel bei einer Veranstaltung in Nagen erhalten. Vorsitzender Kollege Josef Hamacher begrüßte die Teilnehmer mit ihren Angehörigen und gedachte der Gefallenen im Weltkriege, besonders der fünf Kollegen unserer Ortsgruppe. Kollege Häuschen schilderte den Werdegang und die Errungenschaften des christlichen Bauarbeiterverbandes. Den Frauen sprach er den Dank aus für die Unterstützung, die sie ihren Männern und Söhnen bei dem Existenzkampf für die Familie gewährten. Besonders dankte er den Jubilaren für ihre Verbandsarbeit und stellte sie der Jugend als Vorbild dar. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden dem vom Kollegen Himmereich, Nagen, vorgeführten Lichtbild „Lasperrn und ihr Bau“. Die Veranstaltung hat bewiesen, daß auch in den schwierigen Zeiten die Kollegen zusammenstehen, und es soll auch weiterhin unsere Aufgabe sein, unsere Ortsgruppe weiter auszubauen, denn gerade jetzt hat die Arbeiterchaft ihre Gewerkschaften am notwendigsten. Heinrich Lapp.

Osnabrück. Am 21. Februar fand unsere diesjährige gut besuchte Generalversammlung statt. Die Versammlung ehrte die im verflorenen Jahr verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Kollege Willmann gab einen Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des verflorenen Jahres. Der Kassierer Willmann gab den Kassenbericht. Trotz der Zeitverhältnisse konnte ein Ueberblick der Lokalkasse erzielt werden. Das Sparjame Haushalten des Kassierers fand Anerkennung. Die Vorschläge für die Finanzierung der gemeinsamen Ausgaben innerhalb der Verwaltungsstelle fanden Anerkennung. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt für den verstorbenen 1. Schriftführer wurde Kollege Sander gewählt. Die Behandlung der Frage der Vorstandsfriedung mit Lageplan und Zeichnungen fand großes Interesse. F. S.

Zibbenbüren (Westf.). Unsere am 21. Februar stattgefundene Generalversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Kollege Landzettel (Lingen) gab einen Ueberblick über das verflorenen Jahr. Es war hart. Hatten wir uns doch mit Arbeitslosigkeit, Streit, Lohnabbau und dergl. auseinanderzusetzen. Der Beitragsdurchschnitt ist wegen der Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Als verlorene Mitglieder sind nur wenige zu verzeichnen. Der Vorschlag zur Finanzierung der sachlichen Ausgaben des Sekretariats Lingen durch Ausschlag von 5 Pf. auf die Karte wurde angenommen. Der Kassenbericht des Kollegen Hermann Buchmann fand Anerkennung. Die Vorstandswahl brachte wenig Änderung. Als Vorsitzender fungiert wieder Kollege Albert Windhoffer. Verwaltungsjellenvorsitzender ist wieder Kollege Theodor Buchmann. E.

Kajelwitz (Oschl.). Am 21. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Rybarczyk konstatierte angesichts des sehr zahlreichen Besuches, daß der alte Gewerkschaftsgeist durch die schwere Notlage nicht erschüttert ist. Trotz der harten Kälte waren auch die entferntesten Ortsgruppen Bogosch, Kujan-Zellin und Schiegan erschienen. Kollege Heilig, Neuhof, behandelte in seinem Vortrage die Fragen: „Was brachte uns das Notjahr 1931, was bringt uns das Jahr 1932?“ In der sehr regen Diskussion wurde einstimmig betont, sämtliche Tributlasten abzulehnen. Ein Appell ging hierbei auch an die Regierungsstellen: Gebt uns Arbeit, wir stehen vor dem Abgrund, da unsere ländlichen Gemeinden — überwiegend von Bauarbeitern bewohnt — ohne Arbeit vor der Gefahr des Zusammenbruchs stehen, weil den notwendigen Wohlfahrtsaufwendungen keine finanziellen Einnahmen gegenüberstehen. Der Kassenbericht des Kollegen Rybarczyk fand Anerkennung. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. folgende Kollegen hervor: Als 1. Vorsitzender Valentin Gandel, Kassierwis, als 2. Vorsitzender Franz Kwis, Bogosch, als 1. Kassierer Paul Rybarczyk, Kassierwis, und als Schriftführer Johann Wöhl, Kajelwitz. F. K.

Horn, E. Unsere Generalversammlung hielten wir am 21. Februar ab. Der vom Vorsitzenden Kollegen Karl Schneider und Kassierer Josef Götzen erhaltene Geschäfts- und Kassenbericht ergab ein erfreuliches Bild des Bauwertes, sind doch rund 98 Prozent aller Mitglieder arbeitslos. Kollege Eisig gab in einem wirtschaftlichen und sozialen Ueberblick ein Bild über die Gesamtlage, an dem sich eine sehr rege Ansprache ankündigte. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Ortsgruppe hat wieder sich wie alle anderen Ortsgruppen der Verwaltungsstelle Gladde gegen die Tributleistungen an das Ausland.

Wahrsheim. Die Generalversammlung am 21. Februar nahm bei zahlreichem Besuch einen guten Verlauf. Kollege Bell gab den Geschäfts- und Kassenbericht. In der anschließenden Ansprache wurden besonders die Erfolge auf dem Gebiet der Rechtsfähigkeit und der Kampf gegen die unsinnige Einstellung vieler ländlicher Gemeinden hervorgehoben. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Um verschiedenen Berufsgruppen einen Sitz im Vorstand geben zu können, wurde die Zahl der Sitze von fünf auf sieben erhöht. Bezirksleiter Kollege Henrich sprach dann über die Beziehungen der christlichen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Nachdem er die Ursachen der heutigen Krise eingehend behandelt hatte, wies er besonders auf die realistischen Forderungen bestimmter Kreise hin. Ebenso seien aber auch die Forderungen gewisser radikaler Kreise abzulehnen, denn auch sie seien nicht in der Lage, der Arbeiterchaft heute zu helfen, dazu müßte man fast be-

zweifeln, ob der Wille zur tatkräftigen Hilfe hier überhaupt vorhanden sei. Für die Arbeiterchaft könne es heute nur eins geben, und zwar ihre Gewerkschaften stark und schlagkräftig zu erhalten. Eine Entschlieung, die sich mit der Arbeitsbeschaffung, dem Mitbestimmungsrecht der Gemeinden bei der Festlegung der Krisenunterstützung, der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung in ländlichen Gemeinden, mit den Reparationslasten und dem Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßt, wurde einstimmig angenommen.

Marsberg. Am 22. Februar hatten wir bei gutem Besuch Generalversammlung, ein Zeugnis, daß der Gewerkschaftsgeist in den Herzen unserer Kollegen fest verankert ist. Der Geschäftsbericht zeigt den Kollegen, wieviel Kleinarbeit im Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder geleistet werden muß. Der Kassenbericht zeigt, daß die Kasse gewissenhaft verwaltet wird, dies sprachen auch die Kassenzustoren aus. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. In einem lehrreichen Vortrag unseres Kollegen Werner, Paderborn, wurden die heutigen wirtschaftlichen Zustände behandelt und das treue Zusammenstehen in unserem Verband als Schlussfolgerung bezeichnet. F. W.

Neuhof. Unsere Ortsgruppengeneralversammlung am 23. Februar war trotz der vielfachen Not gut besucht und vom richtigen Gewerkschaftsgeist erfüllt. Große Aufmerksamkeit wurde dem Referat des Kollegen Stahl aus Kulda über die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage der Bauarbeiter gewidmet. Weiter behandelte der Referent die jetzt im Vordergrund stehende Frage des Siedlungswezens, was bei den Anwesenden sehr großes Interesse erweckte. Der Wunsch aller Anwesenden war selbstverständlich, daß die Regierungsinstanzen alles versuchen müßten, um für das große Heer der arbeitslosen Bauarbeiter möglichst bald Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, damit das Elend wieder behoben wird. Aus dem Kassenbericht der Ortsgruppe war zu entnehmen, daß die Einnahmen auf Grund der langen Arbeitslosigkeit sehr gesunken sind, aber sämtliche Kollegen sich verpflichten, dem Verbands nach wie vor die Treue zu halten. Den Vertrauensleuten wurde vom Verwaltungsjellenvorsitzender für ihre mühevollen Arbeit der Dank ausgesprochen, besonders dem Kollegen Clemens Schäfer aus Dorfborn, welcher jetzt schon 22 Jahre Kassierer der Ortsgruppe Dorfborn ist und auch weiterhin als Vertrauensmann tätig sein will. In den Vorstand wurden gewählt: August Welter als 1. Vorsitzender, Josef Henkel als 2. Vorsitzender, Josef Bischof als Schriftführer, Hermann Bachus als Erbkassierer, als Kassierer Gerhard Albert, Karl Möller, Franz Groß, Clemens Schäfer. Zu Jugendführern wurden Hermann Möller und Ferdinand Hopp gewählt. Josef Bischof.

Serne-Sodingen. Unsere Generalversammlung am 21. Februar war, den Verhältnissen entsprechend, gut besucht. Unser langjähriger Vorsitzender, Kollege Borchwald, streifte in seinem Jahresbericht die Entwicklung der Ortsgruppe im verflorenen Jahre, die an der katastrophalen Abwärtsentwicklung der Wirtschaft gemessen, als gesund bezeichnet werden kann. Wohl ist das finanzielle Ergebnis gegenüber dem Jahre 1930 gesunken, doch verfügt die Ortsgruppe auch heute noch über einen gesunden Stamm von 36 Mitgliedern, wovon 24 in gesicherter Arbeit stehen. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, bestehend aus den Kollegen Borchwald, 1. Vorsitzender, Seufert, 1. Schriftführer, Müller, 1. Kassierer. Kollege Arimann, Redlinghausen, wies dann in einem ausführlichen Referat auf die großen Gefahren hin, die der Gesamtarbeiterchaft in sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Hinsicht drohen. Die Maßnahmen der Regierungsstellen, besonders aber der Unternehmerverbände müssen kritisch überwacht werden, damit nicht die teuer erworbenen Rechte der Arbeiter verlorengehen. Und dazu benötigen wir dringend unsere altbewährte christliche Bauarbeiterorganisation. F. W.

Lippstadt. Unsere diesjährige gut besuchte Generalversammlung fand am 21. Februar statt. Bezirksleiter Kollege Werner, Paderborn, war zu unserer Freude erschienen, unser alter, über 25 Jahre hier im Bezirk tätiger Pionier. Unser Vorsitzender und unser Kassierer gaben die entsprechenden Ueberblicke vom verflorenen Jahre der Arbeitslosigkeit. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Kollege Werner konnte dem Kollegen Adolf Grube aus Lippertode für 25jährige Mitgliedschaft das Ehrenmitglied überreichen. Dann hielt er uns einen lehrreichen Vortrag über die Wirtschaft der letzten 50 Jahre. Er wies uns an Hand von Beispielen nach, wie der heutige Unternehmer gegen früher die persönliche Verbundenheit mit dem Arbeiter verloren hat. Besonders betonte er, daß wir Arbeiter die Augen offen halten müssen, wenn nicht das Werk mühevoller, jahrelanger Gewerkschaftsarbeit zerstört werden soll; die Gegner der Sozialpolitik sind stark am Werk. Dann gab er noch einige Anmerkungen in Rechtsfragen. Wir schieden in dem Bewußtsein, in unserm Kollegen Werner das Vorbild der Treue zu haben und ihm nachzueifern.

Oberimbach. Am 21. Februar hielten wir eine gut besuchte Bauarbeiterversammlung ab, welche mit Ehrung von zwei Jubilaren, Eduard Ritzel und Ferdinand Storch, verbunden war. Aufmerksamkeit hörten die Mitglieder dem Referat des Kollegen Stahl aus Kulda zu, welcher über die Wirtschaftskrise im Jahre 1931 sprach, und man konnte es sämtlichen Anwesenden von ihren Zügen ablesen, daß alle den schmerzlichen Wunsch haben, daß die Krise bald behoben würde, und die Bauarbeiter wieder ihrem Berufe nachgehen könnten. Aus den Diskussionen kam immer wieder deutlich zum Ausdruck, daß wir heute den Verband nötiger haben als je zuvor, um unsere Rechte vertreten zu sehen. Anschließend wurde im Auftrag des Haupt- und Bezirksvorstandes den beiden Jubilaren mit den besten Glückwünschen die Ehrenurkunde und das silberne Verbandsabzeichen überreicht. Mit Dankworten an die Jubilare und Aufmerksamkeit an die Mitglieder fand die gut verlaufene Versammlung durch den Vorsitzenden Hahner ihren Abschluß.

Düsseldorf. Am 28. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Im Jahresbericht behandelte Kollege Sauer den engen Zusammenhang der deutschen Wirtschaftskrise mit der Weltwirtschaftskrise. Die Bautätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahre noch um 50 Prozent vermindert, wodurch sich die Arbeitslosigkeit innerhalb der Verwaltungsstelle von 48 Prozent im Anfang des Jahres auf 89 Prozent am Ende des Jahres steigerte. Der Willen der Unternehmer, das Lohnniveau der Bauarbeiter ganz gewaltig zu senken, ist durch das entschiedene Eintreten der Organisation verhindert worden. Die Geschäftsstelle wurde für Auskünfte und Schriftsätze stark in Anspruch genommen. Dazu kamen Termine am Arbeitsgericht, Oberversicherungsamt, Arbeitsamt und Mieteinigungsamt; der festzustellende Barerfolg beträgt 1131.— Mark. Der Wille zum gewerkschaftlichen Zusammenhalt ist durch die Notverhältnisse festigt. Die fast einmütige Wiederwahl des alten Vorstandes ist sicher ein erfreulicher Vorgang. Kartellsekretär Arnold hielt ein zeitentsprechendes Referat: „Entscheidungssampf gegen die Weltkrise!“ Revolution oder Reform, das ist die Frage. Die drohenden Gefahren sind nur abzuwenden, wenn alle sozialen Kräfte zusammengefaßt werden. Die Weltwirtschaft ist in einen Prozeß der Gärung geraten. Das deutsche Schicksal wird wesentlich mitbestimmt von der Not der anderen Völker. Wir müssen zu planvoller, zielgerichteter, internationaler Zusammenarbeit gelangen. Das Schlagwort von der „falschen Nachkriegspolitik“, das heute viele Köpfe vernebelt, übersieht die realpolitischen Tatsachen vor 13 Jahren. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes war eine harte Notwendigkeit, aber die Unterzeichner waren die falschen. Es hätte Ludendorff besser angestanden, in den Wald von Compiègne zu gehen, statt mit blauer Brille nach Schweden zu flüchten. Die Arbeit, die unter dem Begriff Nachkriegspolitik geleistet worden ist, hat mehr Kraft und Opfer gefordert als die bequemere Methode, schmollend in der Ecke zu stehen und einfach über alles zu schimpfen. Trotz starker innerpolitischer Einwände muß der außenpolitische Erfolg der derzeitigen Reichsregierung betont werden. Der Wille zum sozialen Volksstaat steht dem Willen zur Revolution gegenüber. Ausbau des Tarifrechts zu einem allgemeinen Gewerberecht mit gesetzgebender Befugnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Befreiung der Sozialversicherung von behördlichen und bürokratischen Einflüssen, Uebertragung des Eigentums in den großen Kohlefeldern im gewissen Umfang auf den Staat. Die christliche Arbeiterchaft ist entschlossen, eine Volkswehr zu bilden, die die Aufgabe hat, im geistigen Kampf geistiges Volksgut zu säen, wenn nötig auch mit körperlicher Kraft für die Rechte der Arbeiterchaft und des Volkes einzutreten. H. C.

An mehrere Schriftführer. Eine Anzahl Versammlungsberichte mußte Raummangels halber zurückgestellt werden. (Redaktion.)

Sterbetafel
Am 5. Februar verstarb infolge Magenoperation unser Mitglied der Zimmerer Wilhelm Focke im Alter von 32 Jahren.
Verwaltungsstelle Breslau.
Im Alter von 55 Jahren starb am 24. Februar infolge eines Leberleidens unser langjähriges treues Mitglied und Vorsitzender der Ortsgruppe Werne, Heinrich Kording.
Verwaltungsstelle Bochum.
Am 26. Februar starb nach langer Krankheit unser treuer Kollege Julius Blazat im Alter von 36 Jahren.
Verwaltungsstelle Essen.
Am 26. Februar ist unser Kollege Josef Thier an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Der Verstorbene war von 1919 bis zu seinem Tode Kassierer. In dieser Eigenschaft hat er ständig unsere Interessen in der Ortsgruppe wie auch in der Verwaltungsstelle vertreten. Wir haben in ihm einen unserer besten Mitarbeiter verloren.
Verwaltungsstelle Redlinghausen.
Am 1. März verschied unser lieber Vorsitzender, Kollege Otto Müller, im Alter von 41 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen christlichen Gewerkschaftler.
Ortsgruppe Drnbau.
Ehre ihrem Andenten!

Möbel - Kamerling
Berlin, Kastanienall. 56
Ecke Fehrbelliner Str.
Speise-, Schlaf-, Herrenz., Küchen, Kassa
10% Rab., Teilzahlung

Korbmöbel ab Fabrik
Teilzahlung bis 10 Monate, franko Lieferung. Schlager: Dreiteilige Polstergarnitur M. 27.90. Katalog gratis.
Korbmöbelfabrik Böh m., Oberlangensstadt 246, Lichtenfels-Land.

Werbi für den Deutschen

Kauf Klüff und Kelle von Arthur Capelle
Berlin, NSU
Alte Schönhauser Str. 37
Preis groß- 2 Gene. Vorkauf?

Vollständig Kostenlos
den neuen fertigen Druck-Katalog mit vielen überraschenden günstigen Kauf-Gewinnchancen, wie z. B. Spiel
Herrenarbeitskleid
Kaufraum Spielzeit **4.90**
Oh! darauf alle Menschen sich einlassen!

Deutsch - Amerik. Schuhgesellschaft
München P 12 m. b. H. Rosenstr. 11